

**Der Wirtschaftsstandort Deutschland:
Herausforderung für Menschen,
Unternehmen und die Politik¹
(2005)**

F. J. Radermacher²

¹ Überarbeitung des Manuskripts „Herausforderungen an den Standort Deutschland (2003): keine einfachen Zeiten, 2003, FAW Ulm

² Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) in Ulm, zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm
Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. +49 731 501-100, Fax +49 731 501-111, E-Mail:
radermacher@faw.uni-ulm.de, <http://www.faw.uni-ulm.de>

I. Weltweite Problemlagen

Die Welt befindet sich zum Anfang des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Als Folge der ökonomischen Globalisierung und getrieben durch technische Revolutionen, vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung unter völlig inadäquaten weltweiten Rahmenbedingungen. Das korrespondiert zu dem eingetretenen **Verlust des Primats der Politik**, weil die politischen Kernstrukturen nach wie vor national oder, in einem gewissen Umfang, kontinental, aber nicht global sind. In diesem Globalisierungsprozess geht die Entfaltung der technischen Möglichkeiten wie die partielle Entfaltung des Arbeitskräftepotentials der ärmeren Länder teilweise zu Lasten der Situation der weniger qualifizierten Arbeitnehmer in den reichen Ländern. Dies beinhaltet zwar gewisse Chancen für Entwicklung, läuft aber gleichzeitig wegen fehlender internationaler Standards und Regulierungsmöglichkeiten und der daraus resultierenden Fehlorientierung des Weltmarktes dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, also dem Schutz des Sozialen, der Förderung von Fairness und Ausgleich zwischen den Kulturen und vor allem der globalen ökologischen Stabilität entgegen.

Insbesondere das **rasche Wachsen der Weltbevölkerung** in Richtung auf 10 Milliarden Menschen und das Hineinwachsen von Hunderten Millionen weiterer Menschen in die Lebensstile der reichen Länder drohen in der Summe der induzierten Effekte die ökologischen Systeme völlig zu überfordern.

Es könnte deshalb in den nächsten Jahrzehnten trotz massiver Steigerung der **Nahrungsmittelproduktion** eng werden hinsichtlich der Ernährung der Weltbevölkerung, vor allem des ärmeren Teils. Um 2015 ist der **Höhepunkt der Ölproduktion** zu erwarten. Hier drohen erhebliche Verwerfungen und Konflikte, wenn der Umstieg auf ein neuartiges, stärker auf erneuerbare Energiequellen aufbauendes Energiesystem nicht entschlossen in Angriff genommen wird. Im Bereich der CO₂-Emissionen bewegen wir uns wahrscheinlich heute schon auf eine drohende Klimakatastrophe zu. Die Überschwemmungen aus jüngerer Zeit sind vielleicht bereits durch menschliches Tun mit beeinflusst.

Die Frage der Limitation des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen und der Begrenzung der Umweltbelastungen in einer globalen Perspektive tritt vor dem beschriebenen Hintergrund in das Zentrum aller Bemühungen um zukunftsfähige Lösungen, denn der technische Fortschritt alleine, so sehr er pro produzierter Einheit die Belastungen zu senken vermag (Dematerialisierung, Erhöhung der Ökoeffizienz), führt aufgrund des sogenannten **Bumerangeffekts** in der Summe zu eher mehr als zu geringeren Gesamtbelastungen der ökologischen Systeme. Mit jeder Frage nach Begrenzung, etwa der CO₂-Emissionen, stellt sich aber sofort die weltweite und bis heute unbeantwortete Verteilungsproblematik in voller Schärfe. Dabei ist zwischen "**großvaterartigen**" Aufteilungsansätzen, bei denen man sich im wesentlichen am Status Quo orientiert (und dadurch der armen Welt ein "Aufschließen" an das Niveau der Erzeugung von Umweltbelastungen der reichen Welt vorenthält) oder "**pro Kopf gleichen Zuordnungen**" von Verschmutzungsrechten und deren ökonomische Handelbarkeit zu unterscheiden. Letzteres würde zu enormen Zahlungstransfers des Nordens an den Süden im Rahmen eines solchen Rechtehandels führen, und könnte die Finanzierung von Entwicklung ermöglichen, wird aber von den reichen Ländern eher abgelehnt. Dabei verspricht am ehesten eine pro Kopf gleiche Zuordnung von Verschmutzungsrechten weltweite Konsensfähigkeit; diese wird aber im besonderen durch die USA massiv verweigert.

Blickt man über die nächsten 50 Jahre in die Zukunft, so resultieren aus der beschriebenen Gesamtkonstellation, im Sinne von **Attraktoren**, drei mögliche Zukünfte, die im weiteren diskutiert werden und von denen zwei extrem bedrohlich und nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sind.

I.1. Business as usual

Fährt man weiter entlang der bisherigen, im wesentlichen an Freihandelsprinzipien orientierten Logik à la WTO, IWF etc., dann befindet man sich in einem Szenario, das die ultimativen Grenzen der Naturbelastbarkeit nicht in das welt-ökonomische System integriert hat und stark asymmetrisch große Teile der Humanpotentiale auf diesem Globus nicht voll entwickelt (unzureichende Ausbildung, unzureichende Gesundheitssysteme, unzureichende Ausstattung der Menschen mit Infrastruktur etc.) und damit Menschen und Kulturen in die Zweitklassigkeit zurückwirft bzw. dort belässt. Dieses System wird schon in 20 bis 30 Jahren gegen definitive Grenzen laufen und mit Kämpfen um Ressourcen verbunden sein, die exorbitante Kosten nach sich ziehen werden. Dieser Weg ist daher **nicht nachhaltig und zukunftsfähig**. Dies korrespondiert zu der Nicht-Versicherbarkeit der ökologischen Risiken ("**die Natur schlägt zurück**"), wie sie zunehmend im Klimabereich deutlich werden und kann Konflikte um Ressourcen, z. B. in Bezug auf Öl, zur Folge haben. Insbesondere die momentane US-amerikanische Politik bewegt sich in diesem Rahmen und testet aus, was dieses System hergibt. Dabei dient der Einsatz von militärischer Macht und die Durchsetzung von (selektiven) Freihandelsprinzipien der **Sicherstellung einer privilegierten Ausgangssituation im Ringen um Ressourcenzugriffe**. Optimismus, Selbstbegünstigung und sehr einseitige Vorstellungen von Gerechtigkeit dominieren dabei die Begründungsmuster. Der Autor hält die Wahrscheinlichkeit, dass wir letztlich in diesem Szenario mit seinen deaströsen Konsequenzen leben müssen, für (nur) etwa **15 %**. Dies beruht auf der These, dass die reichen Länder, und dort insbesondere die Machtzentren der Eigentumsstruktur, eine letztendliche Zerstörung der globalen ökologischen Systeme nicht zulassen werden, weil dies ihren Reichtum und die bestehenden Eigentumstitel im Kern bedrohen würde. Der Autor rechnet insofern mit einer Veränderung. Dies führt dann zu zwei weiteren Szenarien.

I.2. Öko-diktatorische (ressourcendiktatorische) Sicherheitsregime

Es steht zu erwarten, dass bei einem Zuspitzen der beschriebenen Krisenpotentiale der Norden entschieden für Lösungen zur Begrenzung der Ressourcennutzung und der weltweiten Umweltverschmutzungen aktiv werden wird. Dies kann im weltweiten Konsens oder durch Machteinsatz geschehen. Aus Sicht des Autors wird die Zukunft mit etwa **50 %** Wahrscheinlichkeit in einem auf **massivem Einsatz militärischer Macht** beruhenden asymmetrischen Ansatz bestehen, der gemäß einer im Kern "großvaterartigen" Logik dem ärmeren Teil der Welt, in verdeckter oder gar offener Form, die Entwicklung erschweren wird mit der offen nie artikulierten, aber des facto handlungsbestimmenden Begründung, auf diese Weise die globalen ökologischen Systeme vor Überbelastung zu bewahren. Dabei wird der Norden sicherstellen, dass er auch zukünftig über den Großteil der knappen Ressourcen und Verschmutzungspotentiale verfügen wird.

Hierzu muss letztlich eine gedeihliche, rasche Entwicklung des Südens mit heutigen Wachstumsraten à la China verhindert werden. Hier bieten sich **unterschiedlichste Formen der Destabilisierung** an. Alleine schon das Insistieren auf einen (vermeintlich) freien Markt bei völlig ungleicher Ausgangssituation, könnte hierfür angesichts der sich abzeichnenden Knappheit im Energiebereich ausreichend sein, um diesen Effekt zu erreichen. Über einen

militärisch abgesicherten Freihandel bei Öl, bei dem letztlich nur die reiche Welt die immer höheren Preise für Öl bezahlen kann, wird Destabilisierung der aufholenden Länder erreicht. Wobei zudem ein Teil der Kosten an den reichen Norden zurück erstattet wird, und zwar für den **militärischen Schutz** derjenigen, die den Zugriff auf das Öl vor Ort politisch sicherstellen. Das gilt ebenso für ein Insistieren auf eine volle und sofortige Umsetzung der Menschenrechte in ärmeren Ländern, denen dafür die nötigen ökonomischen Voraussetzungen noch fehlen. In Richtung auf asymmetrische Lösungen weist auch die aktuelle US-Politik mit der Nicht-Bereitschaft, sich in faire weltweite Lösungen der Klimaproblematik, wie in einem ersten Schritt den **Kyoto-Vertrag** einzubringen. In dieselbe Richtung weist die Ablehnung (1) eines **Welt-Strafgerichtshofs**, (2) der Mit-Finanzierung von **UN-Bevölkerungsprogrammen** oder (3) der Mit-Finanzierung eines **Global Marshall Plan** durch die USA.

Das ökodiktatorische Muster wird genauso brutal deutlich in der Politik Israels gegen die Palästinenser. Der Zugriff auf knappe Ressourcen (Boden, Wasser etc.), die nach Meinung fast der ganzen Welt anderen (in diesem Fall den Palästinensern) gehören und die Blockierung von Entwicklung (Ausgangsverbote, Behinderung ökonomischer Aktivitäten, "Bantuisierung" etc.) sind offensichtlich. Sprachlich äußert sich das im Begriff des Siedler, ein Muster der Landnahme, von dem man eigentlich annehmen sollte, dass es spätestens seit 100 Jahren für immer überwunden sein sollte. Dabei steht zu hoffen, dass die Absicht von Ministerpräsident Scharon, sich aus dem Gaza Streifen zurückzuziehen und die Gesprächsorientierungen des neuen Palästinenserpräsidenten Abbas eine Chance eröffnen, in Palästina ein neues Kapitel des Zusammenlebens zu beginnen.

Deutlich wird das ökodiktatorische Muster schließlich auch in der aktuellen US-Politik gegenüber dem Irak und dem Iran. Dies gilt z. B. für die unterschiedliche Gewichtung hinsichtlich der Befolgung oder Nichtbefolgung von UN-Sicherheitsratsbeschlüssen im Vergleich zwischen Irak und Israel oder die Unterschiede bzgl. der Frage des Besitzens nuklearer Waffen im Vergleich zwischen Iran und Israel. Global konsensfähig sind solche einseitigen Positionen nicht.

Das öko- oder ressourcendiktatorische Muster ist massiv asymmetrisch, ungerecht und unfair, es erzeugt massiven **Hass und Ablehnung** ("**der gedemütigte Mensch schlägt zurück**"). Die Anschläge vom 11. September 2001 und viele Konflikte zwischen den Kulturen haben hier ihre Wurzeln. Der 11. September war in dieser Sicht primär kein Angriff gegen die Demokratie und die bürgerlichen Freiheitsrechte der USA oder des Westens, es war vielmehr ein Angriff gegen eine so wahrgenommene **Plünderung via Weltordnungsdesign** und gegen die so empfundene "Freiheit" der reichen Welt und der westlichen Kultur, die Verhältnisse auf diesem Globus immer wieder einseitig zu ihren Gunsten und zu Lasten anderer zu regeln. Die absehbaren Risiken in diesem Bereich sind im Flugverkehr jetzt schon **nicht mehr versicherbar**. Die Welt geht einen schweren Weg.

I.3. Ökosoziale Marktwirtschaft

Als Ausweg erscheint dem Autor die Ersetzung des **marktradikalen Modells** (Turbokapitalismus) einer immer weiter gehenden Deregulierung, wie sie letztlich auch in den (selektiven) Freihandelsprinzipien der WTO zum Ausdruck kommt, durch den **ökosozialen** und im Kern **ordoliberalen Ansatz** regulierter Märkte, wie er für Europa (**soziale Marktwirtschaft**) und die asiatischen Volkswirtschaften (**Netzwerkökonomien**) typisch ist. Dieses Modell wäre im Rahmen der Weltökonomie fortzuentwickeln. Hierbei würde die Kraft der Märkte mit einem ausreichenden Schutz der Ökosysteme und der Finanzierung von sozialem Ausgleich im Sinne der vollen Entfaltung und Förderung humaner Potentiale (Ausbildung, medizinische Versorgung, Stärkung der Rolle der Frau, Rentensysteme, Zugang zu Infrastrukturein-

richtungen, etc.) und dem Ausgleich zwischen den Kulturen verknüpft. Dieser Ansatz drückt sich innerhalb der Staaten in einem **Equity Faktor** (Faktor des sozialen Ausgleichs/Verhältnis der niedrigsten zu den durchschnittlichen pro Kopf Einkommen) von mindestens 45% aus und würde als Weltprogramm einen **Global Marshall Plan** erfordern, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft. Co-Finanzierung zielt insbesondere auf einen minimalen sozialen Standard, eine solide Ausbildung der gesamten Bevölkerung, ausreichende medizinische Versorgung etc. sowie insbesondere die Umsetzung der von allen Staaten der Welt im Jahr 2000 verabschiedeten **Millenniumsziele der Vereinten Nationen** (www.un.org/millenniumgoals/). Mittlerweile gibt es, vor allem in Europa, eine starke Bewegung für einen solchen Global Marshall Plan (vgl. www.globalmarshallplan.org), in die auch der Autor wesentlich involviert ist. Diese Bewegung hat breite Unterstützung in den Bereichen Politik, Weltzivilgesellschaft und Wirtschaft gefunden. So unterstützen beispielsweise der Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (bwa), die Wirtschaftsunioren weltweit, AIESEC, die größte Studentenorganisation in Deutschland, das Handwerk in Westfalen, mehrere Universitäten, viele Prominente etc. dieses Programm.

Die **Europäische Union** beweist in ihren Ausdehnungsprozessen permanent die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes. International sei hier auch auf das **Montrealer Protokoll** verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde. In globaler Umsetzung würden insbesondere **weltweite Steuern auf Ressourcenverbrauch** eine wichtige Rolle spielen, um den Schutz der Umwelt mit der **Co-Finanzierung** von Entwicklung zu verknüpfen. Hinzu kommen sollte eine Welthandelsabgabe (**Terra-Abgabe**) und eine internationale **Tobin-Abgabe** auf Finanztransaktionen zur Finanzierung von Entwicklung und zur Dämpfung des Umfangs an (kurzfristigen) globalen Finanztransaktionen. Die Sorge, dass damit die "kollektive Intelligenz" dieser Märkte in ihren vermeintlich segensreichen Wirkungen an voller Entfaltung gehindert wird, hat sich wohl mittlerweile erledigt. Spätestens seit den für jeden offensichtlichen Fehlleistungen dieser vermeintlichen kollektiven Intelligenz in der "New Economy" und bei den Fehleinschätzungen und Betrugsdelikten an den Weltfinanzmärkten in den letzten Jahren wird kein Realist einen solchen Glauben mehr haben; Systemanalytiker hatten ihn nie. Glücklicherweise wurden derartige Überlegungen zur Belastung weltweiter ökonomischer Transaktionen auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in Davos von europäischen Spitzenpolitikern erstmals öffentlich thematisiert. Es geht hierbei zum einen um mehr **Gleichbehandlung** von globalen und lokalen ökonomischen Akteuren (bisher liegen fast alle Lasten bei lokalen Akteuren), zum anderen um **neue Geldmittel** zur Förderung internationaler Entwicklung.

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung und steht in scharfem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (Turbokapitalismus) ohne die Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale, also einem im weitesten Sinne auf "**Plünderung**" der Umwelt und auf **Umverteilung von unten nach oben** und hin zu nationalen und (welt-) sozialen Strukturen unterhalb eines Equityfaktors von 45% ausgerichteten ökonomischen System.

I.4. Was steht an?

Es sollte nicht überraschen, dass aus Sicht des Autors die Durchsetzung eines ökosozialen Denkmodells gegen einen marktradikalen weltweiten Deregulierungsansatz (Turbokapitalismus) die größte politischen Herausforderungen darstellt, die heute weltweit besteht. Das ist keine Position gegen die Bedeutung von Märkten und von Wettbewerb und beinhaltet

durchaus die Sicht, dass in Europa in bestimmten Bereichen Deregulierungen überfällig sind. Aber das setzt weltweite vernünftige Rahmenbedingungen gegen Plünderung voraus, und gerade diese fehlen. Diese Sicht bedeutet keine Ablehnung der Globalisierung – ganz abgesehen davon, dass dies an den Abläufen nichts ändern würde-, wohl aber eine Argumentation für eine **bessere Gestaltung der Globalisierung**, ein Anliegen, das auch den jetzigen Bundespräsidenten und seinen Vorgänger umtreibt bzw. umgetrieben hat (**Globalisierungsgestaltung als Herausforderung**). Auf der Ebene der Begriffe geht es dabei um folgende Alternativen:

Nachhaltigkeit	statt	Plünderung und Verschmutzung
Zukunftsfähigkeit	statt	Kurzfristorientierung
Balancierter Markt	statt	freier Markt
Ordoliberales Modell	statt	neoliberales Modell
Ökosoziale Ordnung	statt	Turbokapitalismus
Demystifizierung des freien Marktes	statt	Mystifizierung des freien Marktes
Ökosoziale Regulierung	statt	unkontrollierte Deregulierung
Primat der (Welt-)Politik	statt	Dominanz der (Welt-)Ökonomie
Keine autistische Sicht auf die Ökonomie	statt	autistische Sicht auf die Ökonomie
Konsens	statt	einseitige Interessendurchsetzung
Globaler Marshallplan	statt	unbalancierte Marktöffnungen
Ausgleich zwischen den Kulturen	statt	kulturelle Dominanz
Dialog zwischen den Kulturen	statt	Kampf der Kulturen
Sozialpflichtigkeit von Eigentum	statt	Eigentum ohne Gemeinwohlverpflichtung
Hilfe zur Selbsthilfe	statt	Schuldenfalle
Reale Chancengleichheit	statt	formale Gleichbehandlung
Equity (Ausgleich)	statt	Spaltung
Umweltschutz	statt	Raubbau
Frieden	statt	Konflikt
Würde	statt	Demütigung
Respekt	statt	Ignoranz
Ökoeffizienz	statt	übermäßiger Verbrauch von Ressourcen
Good governance	statt	Abwärtsspiralen
Ökologisch und sozial verträgliches Tempo der Veränderungen	statt	unkontrollierbare Beschleunigungsprozesse
Realistische Einschätzung der Intelligenz von Märkten	statt	naiver Glaube an die kollektive Intelligenz der Märkte

Das Bild ist hier ähnlich zu dem, was Analysen des US-Neurolinguisten George Lakoff (Don't think of an elephant! Chelsea Green Publishing Company, White River Junction, Vermont, 2004) bzgl. der Neocon-Revolution in den USA ergeben haben. Er stellt gegen das „**Strikte Vatermodell**“ einer Neocon-Logik mit tragenden Begriffen wie „Starke Verteidigung“, „Freier Markt“, „Geringere Steuern“, „Schlankere Regierung“ und „Familienwerte“ die sogenannte „**Sich sorgende Elternlogik**“ mit den korrespondierenden Begriffen „Starkes Amerika“, „Breiter Wohlstand“, „Bessere Zukunft“, „Effizienteres Regieren“ und „Wechselseitige Verantwortung“. Dass die Neocon-Sicht der Welt eher zu ressourcendiktatorischen Maßnahmen und den gläsernen Menschen passt und die liberale Sprache von G. Lakoff eher dem ökosozialen Ansatz einer interkulturellen Verständigung und einem Global Marshall Plan entspricht, ist offensichtlich.

II. Aktuelle Probleme europäischer und deutscher Politik

Der beschriebene Hintergrund einer **globalen marktradikalen Entfesselung** und die damit in Gang gesetzten "Plünderungsmechanismen" gegen die Umwelt sowie die Umverteilungsprozesse nach oben haben schwerwiegende Auswirkungen auf die verbleibenden Möglichkeiten von Politik in Europa. "Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf". Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas unter den genannten weltweiten Rahmenbedingungen zwingt auch die Europäer immer stärker dazu, sich der Logik des marktradikalen, entfesselten Wirtschaftsmodells zu unterwerfen, auch weit über einen sicher ebenfalls erforderlichen, vernünftigen Umfang an Deregulierung hinaus. Dies bedeutet in internationaler Perspektive, dass man sich beteiligen muss an "Plünderungsregimen" gegenüber der Natur, z. B. weltweiten Flug- und Schiffsverkehr mit erheblichem Ressourcenverbrauch und negativen Klimaefekten ohne angemessene Besteuerung des Treibstoffverbrauchs. Das bedeutet aber auch, dass es auch in Europa immer schwieriger wird, eine gedeihliche soziale und kulturelle Entwicklung sicherzustellen, da die dafür erforderliche Besteuerung von Wertschöpfungsprozessen als Basis der Finanzierung entsprechender Programme bei globalen Akteuren immer weniger durchgesetzt werden kann, da die eigenen Unternehmen in einer ungenügend regulierten Welt wettbewerbsfähig gehalten werden müssen. Dazu muss das eingesetzte Kapital mit **überzogenen Renditen** bedient werden, da dieses sonst an andere Standorte ausweicht. Dies gilt übrigens auch für viele gut verdienende Steuerzahler. Steueroasen, Offshore-Bankplätze, und manche Sonderentwicklungszonen sind Teil des Problems.

Die Folgen dieser Prozesse sind in Europa bzw. Deutschland zunehmend zu beobachten und zwar in Form des **Rückbaus der Sozialsysteme, Privatisierung von Gemeingütern** und am Horizont erkennbar auch bereits ein Rückbau der bisher guten, öffentlich gestützten Versorgung im Gesundheitsbereich sowie ein Rückbau der breiten Ausbildung der gesamten Bevölkerung, die bisher noch auf das Ziel der vollen Entfaltung aller humanen Potentiale ausgerichtet ist.

In der praktischen Politik führen die Zwänge, die aus dieser Situation resultieren, zu merkwürdigen Eiertänzen zwischen Regierung und Opposition und sie führen unter den Bedingungen von Mediendemokratien auch dazu, dass die hier angesprochene Problematik nicht offen diskutiert wird. Vielmehr müssen aus weltökonomischen Zwängen resultierende, rückwärtsgewandte Maßnahmen dann letztlich mit merkwürdigen Begründungen als vernünftig, modern und intelligent verkauft werden ("intelligente Modernisierung"), was aber letztlich bei den Bürgern weder verstanden noch anders als mit Verwirrung und Ohnmacht akzeptiert werden wird.

Der Autor hält in dieser Situation **Doppelstrategien à la Nato-Doppelbeschluss** für den einzig gangbaren Weg. Sie bestehen darin, dass man gegenüber den Bürgern kommuniziert, dass und warum bestimmte Veränderungen nun durchgeführt werden müssen, selbst wenn die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung dem entgegen steht und sie im Grunde genommen schädlich sind, etwa Maßnahmen des sozialen Rückbaus oder die Nicht-Durchsetzung weltweiter ökologischer Standards. **Man muss das Falsche tun, um ökonomisch zu überleben**, sollte aber zugleich an besseren weltweiten Rahmenbedingungen arbeiten, um diese schädliche Situation baldmöglichst durch internationale Abkommen zu überwinden. Doppelstrategisch würde hier etwa am Beispiel der **Green-Card** bedeuten, dass man diese öffentlich als eine Form des „**Diebstahls von Humanpotentialen**“ brandmarkt. Dies ist aber ein Diebstahl, an dem man sich dennoch beteiligen muss, um wettbewerbsfähig gegenüber den USA und anderen zu sein, die dieses Instrument schon immer sehr geschickt zum eigenen Vorteil nutzen. Gleichzeitig würde man auf Weltordnungsebene einen Lösungsvorschlag

unterbreiten, der darin besteht, dass reiche Länder ärmere Länder dafür entschädigen, wenn sie deren beste Humanpotentiale übernehmen und wir als Europäer uns dazu bereit erklären, solche Entschädigungen zu zahlen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass andere Länder, insbesondere die USA, dazu ebenfalls bereit sind, um auf diese Weise Wettbewerbsnachteile für Europa zu vermeiden. Bei einer derartigen Positionierung werden für die Bürger zumindest die Zwänge verständlich, die dazu führen, dass wir eigentlich falsche Maßnahmen verfolgen. Es würde aber zugleich deutlich werden, wie man über adäquate Weltordnungsstrukturen zu besseren Lösungen kommen könnte. Und schließlich wird deutlich, wer hier blockiert und wer der Profiteur des Status quo ist und diese Zustände zu Lasten anderer erhalten will.

Eine Doppelstrategie kann unter den heutigen Bedingungen von Mediendemokratien bei knappen politischen Mehrheiten und großer Konfusion der öffentlichen Debatte wohl nur dann unter den wichtigen politischen Kräften unseres Landes in Wechselwirkung mit großen Verbänden formuliert werden, wenn für wenigstens **eine Legislaturperiode eine Allparteienregierung** (sogenannte Konzentrationsregierung) gebildet wird, wie man sie auch aus der Schweiz und einzelnen österreichischen Bundesländern kennt. Eine Allparteienregierung ist dabei eine bessere Lösung als eine große Koalition. Die Aufgabe einer Allparteienregierung wäre es, eine **intelligente, konsensfähige Doppelstrategie** zu formulieren, bestehend einerseits aus globalen Initiativen wie einem Global Marshall Plan und andererseits intelligenten Verteidigungsschritten im Innern.

Eine „**Intelligente doppelstrategische Verteidigungsstrategie**“ in Deutschland zur Bewältigung der aktuellen Probleme vor dem Hintergrund der Globalisierung wäre ein neuer Ansatz. Er muss gravierende Probleme adressieren, die neben der beschriebenen **weltökonomischen Dramatik** und der resultierenden **hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland** vor allem auch mit Veränderungen der **Alterspyramide in Deutschland** zusammenhängen, also mit der Tatsache, dass die Bevölkerung im Mittel immer älter wird, zum Teil auch wegen der immer besseren medizinischen Möglichkeiten. Aus Sicht des Autors sollten in einer intelligenten, doppelstrategischen Verteidigungsstrategie u. a. die nachfolgenden Punkte gemäß der im folgenden dargestellten Logik angesprochen werden.

II.1. Demographie/Rolle der Familie

Wenn eine Bevölkerung immer älter wird, wenn nicht mehr genügend Kinder nachwachsen, wenn die Medizin immer neue Möglichkeiten eröffnet, das Leben zu verlängern, dann sind Strukturveränderungen unvermeidbar, vor allem, wenn Globalisierungszwänge hinzukommen. Die demographische Situation beinhaltet, dass man in Bezug auf die Renten tendenziell im Standard zurück muss, sofern nicht der technische Fortschritt und dadurch induzierte hohe Wachstumsraten eine Aufrechterhaltung oder Erhöhung des Standards erlauben bei gleichzeitig ausreichender Honorierung der Jüngeren, die zur Zeit aktiv das Bruttosozialprodukt erarbeiten müssen. Es ist politisch nicht durchhaltbar, das bei uns deutlich werdende Problem der Finanzierung der Renten durch dauernde Mehrbelastung dieser, relativ gesehen, immer kleineren Gruppe von jüngeren Menschen zu organisieren. An dieser Stelle ist auch zu beachten, dass trotz der weltweiten Notwendigkeit einer Verkleinerung der Weltbevölkerung über die nächsten 250 Jahre das Tempo hinsichtlich des Abschmelzens der deutschen und europäischen Bevölkerung zu hoch ist. Hier wird auch deutlich, dass bei uns die Förderung von Familien mit Kindern und insbesondere von berufstätigen Frauen mit Kindern nicht in ausreichendem Umfang stattfindet. **Stärkung der Familie**, Stärkung von Familien mit Kindern ist notwendig und notwendig sind auch Veränderungen im Bereich der Rente, auch zu Lasten der älterer Bevölkerungsgruppe, die im Mittel immer ältere Menschen und zugleich anzahlmäßig immer mehr Menschen umfasst. Eine **Verlängerung der Lebens-**

arbeitszeit, auch in Form der Betreuung noch älterer Menschen durch auch schon ältere Menschen, wird hinzukommen müssen.

Als Alternative oder Ergänzung bietet sich, abhängig von der zukünftigen Reproduktionsrate in Deutschland, eine **gezielte Einwanderungspolitik** an, die versucht, den fehlenden eigenen Nachwuchs durch Aufnahme geeigneter Menschen anderer Länder zu kompensieren. Wenn man dies tut, muss man sich dann aber den **Integrationsproblemen** an dieser Stelle voll und anders stellen, als das bis heute der Fall ist. Ferner wird man die oben angesprochene **Greencard-Problematik** doppelstrategieartig thematisieren müssen. Hinzu kommen muss eine Entlastung der Rente von nicht versicherungstechnischen Leistungen und eine stärkere **(Teil-)Finanzierung aus Steueraufkommen**. Letztlich geht es um eine Einbeziehung des gesamten Wertschöpfungspotentials (und nicht nur der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer) in die Finanzierung der Renten.

II.2. Ausbildung

Für die Entfaltung der humanen Potentiale und der Sicherstellung des sozialen Ausgleichs ist kein Thema wichtiger als ein breiter, **gut ausgebauter Ausbildungsbereich**, verknüpft mit leistungsfähigen Gesundheitssystemen. Hier hat Europa auch im Verhältnis zu den USA viel zu bieten. Wir brauchen diese Dimension aber auch, um zukünftig unsere weltökonomische Stellung zu verteidigen. Zu beachten ist dabei allerdings, dass **Ausbildung teuer ist**. Es muss gelingen, durch veränderte Strukturen, mit nicht oder nur kaum erweiterten öffentlichen Mitteln, die Leistungsfähigkeit in Deutschland in diesem Bereich zu erhalten, wenn nicht sogar zu steigern. Das wird (leider, wenn wohl auch unvermeidbar) eine stärkere Ausrichtung der (begrenzten) Finanzierung nach unterschiedlichen Qualitäten erforderlich machen, so wie dies nun bei dem Thema **Elitenförderung** deutlich wird. Anzustreben ist auch eine stärkere Einbringung privater Finanzierungsbeiträge, auch wenn dies viele Probleme aufwirft. Vor allem scheint es unvermeidbar, über eine Verkürzung der Gymnasialzeit Mittel frei zu machen, um insbesondere die **Grundschulausbildung (und auch schon den Vorschulbereich) zu stärken**, wobei hier die Integration von Menschen und insbesondere auch Kindern aus anderen Kulturen, die bei uns leben, unbedingt sehr viel stärker gefördert werden muss als bisher. Das gilt sowohl unter dem Aspekt Ausgleich, als auch unter dem Aspekt der vollen Entfaltung der humanen Potentiale und damit der Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Gesellschaftssystems.

II.3. Gesundheit

Gesundheit hat für die Menschen einen hohen Stellenwert und betrifft zugleich ein besonders wichtiges und **zukunftsträchtiges Wertschöpfungssegment**. Gesundheit ist zudem ein besonders sensibler Bereich des sozialen Ausgleichs für die Menschen in Deutschland und Europa. Es gilt daher, den Medizinsektor eher zu stärken, als ihn zurück zu bauen, aber mit einer anderen Leistungslogik und einem anderen Finanzierungsmodus als bisher. Gedanklich ist zwischen einer gut ausgebauten Basisversorgung, die durchaus noch oberhalb des heutigen gesetzlichen Kassenversorgungsniveaus liegen sollte und privat finanzierten Zusatzniveaus über diesen Standard hinaus zu denken. In die Finanzierung der Basisversorgung ist die gesamte Wertschöpfung einzubeziehen. Insbesondere steht also eine Einbeziehung von Beamten und privat Versicherten für den Basisbereich an, und zwar prozentual bis zu erheblichen Teilen des steuerpflichtigen Einkommens. Dadurch kann die prozentuale Belastung der allgemeinen Arbeitseinkommen trotz Leistungssteigerung im medizinischen Basisbereich reduziert werden. Sonderlösungen wie Beamten- oder Privatversicherungen sollten sich zukünftig über die Basisversorgung hinausgehend allein auf Zusatzversicherungen für Zusatzleistungen beziehen. Es wird auf dem beschriebenen Weg möglich werden, ein höheres allgemeines (Basis-)Versorgungsniveau zu einem **geringeren prozentualen Beitragsatz als heute** und damit in gerechterer Weise als bisher zu realisieren und zugleich vielfältige private Zusatzmittel für den medizinischen Bereich zu erschließen. Wie an anderen Stellen auch, wird man hierfür politisch wahrscheinlich eine **große Koalition** oder **Allpartei- enregierung** brauchen, die letztlich den notwendigen Konsens und zugleich die notwendigen rechtlichen Veränderungen bis in den grundgesetzlichen Bereich umsetzen kann.

II.4. Rente

Das für den Gesundheitsbereich Gesagte gilt entsprechend auch für die Rente, auch wenn hier der soziale Ausgleich eine geringere Rolle im Verständnis der Bevölkerung besitzt. Zu denken ist an Lösungen à la **Schweizer Modell** mit Finanzierungsansätzen, bei denen auch

in diesem Segment letztlich die gesamte Wertschöpfung in die entsprechenden Finanzierungsstrukturen mit einbezogen wird, also auch Beamte, Selbständige, hohe Einkommen, Kapitalerträge etc. Dabei muss sichergestellt werden, dass bei hohen Einzahlungen Begrenzungen im Umfang der späteren individuellen Auszahlung vorgesehen sind, um auch an dieser Stelle einen gewissen Umverteilungseffekt zu erreichen.

II.5. Öffentlicher Sektor

Der öffentliche Sektor ist angesichts der Globalisierungsbedingungen in seinem Umfang eher zurückzufahren, zumindest insofern, als dies die Personalkosten betrifft. Der technische Fortschritt (z. B. eGovernment) kann hier vielleicht einen gewissen Ausgleich leisten, also auch bei verringertem Personalbestand hohe öffentliche Leistungen ermöglichen. Die Arbeitsbedingungen im (nah-) öffentlichen Sektor sind in Ergänzung zu den bereits beschriebenen Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Rente zu modifizieren. Als Kompensation für die vergleichsweise hohe Beschäftigungssicherheit müssen und können die sonstigen Konditionen um einiges ungünstiger ausfallen als in der übrigen Wirtschaft, um Ausgeglichenheit herzustellen. In einer **doppelstrategieartigen Perspektive** ist die Begründung dieser Maßnahme nicht, dass entsprechende größere öffentliche Leistungen nicht sinnvoll oder qualitativ in Ordnung wären. Die Begründung ist vielmehr, dass wir uns in der Welt, wie sie im Moment nun einmal ist, all dieses in dem eigentlich wünschenswerten Umfang nicht mehr wie bisher erlauben können.

II.6. Neue Arbeit

Wir brauchen dringend Lösungen zur Reduktion der **viel zu hohen Zahl der Arbeitslosen**. Aus Sicht des Autors können mehr Arbeitsplätze aber nicht aus **simplem Veränderungen im Bereich der Lohnnebenkosten** resultieren, etwa bei Gesundheit und Rente, bei denen ein Rückbau der Lohnnebenkosten nicht kompensiert wird durch vermehrte Zuschüsse aus allgemeinen Steuern, weshalb dann dort zugelegt statt abgebaut werden müsste. Erfolgen solche Kompensationen aus allgemeinen Steuern nicht, würden die bestehenden Anpassungsprobleme unserer Gesellschaft einseitig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen und auf die ökonomischen Akteure und Leistungserbringer verschoben, die sich über diese Lohnnebenkosten finanzieren. Was auch keine Lösung ist, sind massive Verschlechterungen des sozialen Ausgleichs und der Arbeitsbedingungen in Form einer Umverteilung nach oben. Das bedeutet, dass es nicht hilfreich ist, die Struktur heutiger Arbeitsverhältnisse von der Nettolohnseite her systematisch zu verschlechtern. Was wir demgegenüber brauchen ist eine **Entlastung niedriger Einkommen bei den Sozialabgaben**, z. B. durch die oben beschriebenen Veränderungen im Gesundheitsbereich und bei der Rente (**Dänisches Modell**). Zur Kompensation könnten **höhere Verbrauchssteuern** oder eine Teil-Finanzierung aus dem allgemeinen Staatshaushalt, vor allem bei versicherungsfremden Leistungen in den Sozialsystemen, vorgesehen werden.

Hinzu kommen müssen **Niedriglohnsegmente neuer Arbeit**, die bisher überhaupt nicht wahrgenommen oder angeboten wurden bzw. angeboten werden konnten. Hier bieten aus Sicht des Autors insbesondere **Stiftungen, Vereine und gemeinnützige Organisationen** einen sehr interessanten Ansatzpunkt. Bis heute werden in diesem Bereich viel zu wenige professionelle Kapazitäten eingesetzt, und zwar aus Finanzierungsgründen. Wenn aber freiwerdende Mittel aus (1) dem Rückbau des öffentlichen Sektors, (2) der Arbeitslosenversicherung, (3) Sozialhilfe mit (4) geringeren Steuern und Sozialabgaben in diesem Umfeld und mit (5) eigenen Mitteln von so geförderten Stiftungen, Vereinen und NGOs gekoppelt werden könnten, wäre ein interessantes **Niedriglohnsegment neuer Arbeit** finanzierbar, das in

einem Bereich attraktiv sein könnte, in dem bisher primär ehrenamtliche Leistungen erbracht wurden. Die in diesen Bereichen vorhandene **besondere Sinnstiftung der Arbeit** kann in vielen Fällen einiges an Lohnminderung kompensieren. Dies sollte man ausnutzen, auch das in diesem Fall wirksam werdende **ehrenamtliche Unterstützungsumfeld**, das durchaus erweitert werden könnte. Interessant ist in diesem Kontext auch der von verschiedenen Seiten öffentlich lancierte Vorschlag, dass der Staat in diesen Fällen ein erträgliches (Mindest-)Lohnniveau garantiert und die Arbeitskräfte zu höchsten erzielbaren Co-Finanzierungspreisen (Versteigerung) in solche Projekten integriert werden.

II.7. Regelwerke und Innovation

Wir brauchen einen Rückbau unserer an sich vernünftigen Regelwerke, weil wir uns so viele Regelwerke in der Welt, wie sie heute nun einmal ist, nicht mehr erlauben können. Wir müssen insbesondere dem **Neuen mehr Chancen eröffnen**, sich zu entfalten. Innovation ist der Schlüssel zu Wachstum und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, gerade in reichen Ländern, so problematisch und schmerzhaft Innovationen in der gesellschaftlichen Umsetzung auch sein können. Insbesondere die **Informations- und Wissensverarbeitung**, inklusive Sensorik und Motorik, und der **Medizinsektor** eröffnen hier weiterhin gewaltige Potentiale. Mehr Innovationen ermöglichen mehr Spielräume, durchaus auch bei Anerkennung der Problematik, die mit den induzierten Veränderungen verbunden ist bzw. sein kann. Dies alles gehört zu einem **doppelstrategieartigen** Programm der angedeuteten Art für eine Neuausrichtung der deutschen Gesellschaftsstruktur als Antwort auf die Globalisierung mit ihren Chancen und Risiken und den oben beschriebenen Zwängen. Dies müsste im Konsens über Parteien und gesellschaftliche Gruppen umgesetzt werden, durchaus in dem Verständnis der Verluste, die damit auch verbunden sind, und müsste verbunden werden mit dem Ringen um eine bessere, **ökosozial organisierte** Welt, in der man dann global und damit auch bei uns wieder eher zu den Zuständen zurückkehren kann, die wir heute aufgrund der Zwänge der Globalisierung aufgeben müssen.

III. Die Sicht der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen

Die Herausforderung an unsere Unternehmen, vor allem die **kleinen und mittelständischen Unternehmen, die für das Wohlergehen unseres Landes eine zentrale Bedeutung besitzen**, besteht darin, in der beschriebenen, in gewisser Hinsicht doppelt falsch organisierten Welt, zu überleben. Diese Welt wird auf absehbare Zeit dadurch gekennzeichnet sein, dass sehr viel gesellschaftlicher Druck auf diesem wichtigsten Segment unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung lasten wird. Denn die Gerechtigkeitsanliegen à la europäischer Logik müssen - selbst wenn die Umfänge reduziert werden - finanziert werden, aber über wen? Angesichts der unvermeidbaren **Entlastungszwänge für international operierendes Kapital und international operierende Unternehmen**, denen wir uns aus Wettbewerbsgründen nicht entziehen können, solange ein vernünftiger, fairer Weltvertrag nicht geschlossen ist, führt dies indirekt zu immer mehr Druck auf diejenigen in unserem Land, die **"captive"** sind. Das sind diejenigen, die mit diesem Standort eng verbunden sind und die diesen Standort auch so ohne weiteres nicht verlassen können. Dazu gehören u. a. die Mittelständler, Handwerker, Kassenärzte, Apotheker, Architekten etc., aber auch "Häuslebauer" und Autofahrer. Dahinter steckt keine Boshaftigkeit und kein Unverständnis der Politiker, dahinter stecken die beschriebenen Sachzwänge.

Für den mittelständischen Unternehmer heißt das, dass **die Politik seine Probleme auf absehbare Zeit nicht lösen kann und wird**, egal, wer nun gerade die Regierung stellt. Allerdings kann der Mittelständler helfen, durch eine **Befürwortung der Besteuerung globaler Transaktionen**, also der Einführung von Instrumenten wie einer Welthandelsabgabe, einer Abgabe auf globale Finanztransaktionen, einer Kerosinsteuer etc., wie im Global Marshall Plan gefordert, globale Akteure auf Dauer stärker in die Pflicht zu nehmen, als das heute der Falls ist, und damit in einer relativen Betrachtung lokale Akteure zu entlasten, also **mehr Chancengleichheit herzustellen**. Das wäre intelligenter, als in reflexhafter Weise alles abzulehnen, was Steuer heißt, und dadurch noch selber dazu beizutragen, dass globale Akteure entlastet, Akteure vor Ort aber immer mehr belastet werden.

Sieht man von dieser entscheidenden Umorientierung in der Beurteilung globaler Regulierung einmal ab, besteht die **konkrete Überlebenschance des Mittelständlers vor Ort** darin, dass er selber zu seinem und unser aller Wohl mit den heutigen schwierigen Bedingungen zurecht kommt, wie unangenehm sie auch immer sein mögen. Wir brauchen die **Energie, Intelligenz, Smartness, und den Einsatzwillen des Unternehmers**. Er muss sich in dem undurchsichtigen und teilweise falsch geordneten "Dschungel" zurecht finden, den die Weltökonomie heute bildet und er kann dies vielfach auch, wenn er sich auf seine Fähigkeiten besinnt, und die "Gesetze des Dschungels" besser verstehen lernt. Auf die Qualität der Führung und der konkreten Entscheidungen kommt es dabei heute viel mehr an als in "entspannteren" Zeiten. Erfolg ist dabei in viele Bereichen trotzdem möglich und es gibt durchaus gute Firmen dieses Typs in Deutschland, gehäuft auch im Süden, die mit diesen schwierigen Bedingungen sehr gut fertig werden (sogenannte **"Hidden Champions"**). Diese Firmen reüssieren übrigens trotz (oder manchmal gerade wegen?) einer teilweise schlechten Verkehrsanbindung, denn erstaunlich viele dieser Firmen sitzen an vermeintlich ungünstigen Standorten in Schwarzwaldtälern, Tälern der Schwäbischen Alb und im Allgäu. Die Frage ist, was wir von solchen Unternehmen lernen können.

III.1. Technik und technischen Fortschritt noch besser nutzen

Die hohen Arbeitslöhne in Deutschland korrespondieren zu einer hohen Qualität der Mitarbeitern und zu einer enormen Kompetenz in der Nutzung hochwertigster Maschinen. Wenn weniger, aber hoch bezahlt Mitarbeiter mit sehr guten Maschinen sich als leistungsfähiger erweisen als in anderen Ländern mehr Mitarbeiter, die preiswerter sind aber schlechter ausgebildet und mit schlechteren Maschinen ausgestattet, dann ist das durchaus wettbewerbsfähig. Wir haben eine **hohe Produktivität**, haben einen **exzellenten Maschinenbau** und sind **Exportweltmeister** genau aus diesen Gründen. Und der große Erfolg der **Autoindustrie**, **Luftfahrtindustrie** oder beispielsweise der **Mobilfunkanbieter** folgt derselben Logik. Es ist also insbesondere immer zu prüfen, an welchen Stellen Unternehmen durch Einsatz von Technik und massive Nutzung des technischen Fortschritts, heute z. B. der modernen **Informations- und Kommunikationstechnik**, oft unter Einschluss **senso-motorischer Komponenten**, entsprechende Qualitäten produzieren können. Hier sind die Chancen bei uns gut, wie auch bei hochwertiger intellektueller und wissensbasierter Dienstleistung und ganz allgemein im **innovativen Bereich**. Schwierig ist die Lage bei uns bei vergleichsweise einfachen personennahen und personalintensiven Dienstleistungen. Hier ist das aus sozialstaatlichen Gründen etablierte hohe Lohnniveau und der hohe soziale Ausgleich (Equity) in Deutschland ökonomisch kaum darstellbar, vor allem angesichts der Tatsache, dass gerade die niedrigen Einkommen auch noch wegen der Mit-Abdeckung versicherungsfremder Leistungen in erheblichem Umfang mit Lohnnebenkosten belastet werden. **Konsequenterweise gibt es Geschäftsfelder, die in Deutschland nicht zu halten sind.** Hier ist ein geeigneter Ausstieg zu organisieren, vor allem ist zu vermeiden, dass die eigenen Kinder ebenfalls noch in ein nicht zu haltendes Segment der Selbständigkeit einsteigen.

III.2. Für sich die richtige Wettbewerbsnische identifizieren

Innovation ist eine Schlüsselfrage, innovative Produkte erlauben substantielle Gewinne. Nur Innovationen erlauben in hoch entwickelten Ländern noch substantielles Wachstum. Hier setzen viele Hidden Champions in Deutschland an. Aber alternativ kann auch für ein ganz normales Produkt ein **überlegener Entstehungs- und Produktionsprozess** der Grund sein, warum eine Firma gut plaziert ist. Die dritte Option ist eine **besondere Nähe zum Kunden**. Nichts ist wichtiger als die Kundenbedürfnisse perfekt zu verstehen und sich sehr gezielt auf die jeweilige Kundengruppe einzustellen. Hier gilt es dann insbesondere zu differenzieren zwischen einem **"Highend Segment"** von etwa 10-15 % der Bevölkerung, die über sehr viel und immer mehr Geld verfügen und einem **"Lowend Segment"** der Normalverdiener, die auch nur normale Preise zahlen können. Der erfolgreiche Umgang mit diesen beiden Gruppen erfordert ganz unterschiedliche Qualitäten. Es handelt sich nämlich um total unterschiedliche Marktsegmente, die jeweils eigene Produkte und Dienstleistungen erfordern und auch ein total verschiedenes Marketing. Firmen müssen sich geeignet plazieren. Entweder operieren sie auf einem großen Markt hinsichtlich der Anzahl der Kunden, bei dem allerdings der Preis eine extrem wichtige Rolle spielt oder sie operieren in einem speziellen, sehr kreativen, in manchem fast künstlerische Qualitäten erfordernden Bereich, der ein kleines aber attraktives Segment darstellt, das aber dann auch eine ganz besondere Kundenorientierung benötigt und entsprechende, auf den Kunden hin zugeschnittene Vermittlungs- und Sachqualitäten.

III.3. Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik

Als wesentlicher Treiber der Veränderung aller ökonomischen Gegebenheiten, auch der immer weitergehenden Substituierbarkeit von Menschen durch Maschinen, bleibt die Informationstechnik, gekoppelt mit immer mehr **sensomotorischen Mechatronik- und Automatisierungskomponenten**, die wichtigste Schlüsseltechnologie in fast allen Bereichen. Insofern wird dieser Bereich auch bald wieder boomen, wenn auch nicht mehr in so übersteigerter Weise wie vor einigen Jahren im "Rausch" der vermeintlichen "New Economy". Unternehmen müssen die sich hier auftuenden Potentiale, etwa hinsichtlich der effizienteren Organisation von Zusammenarbeit und Koordinierung oder der Verbesserung der Produktions- und Serviceprozesse zu Gunsten ihrer Kunden nutzen. In dieses Segment der Informationstechnik ist daher zu investieren, und ebenso in die Entwicklung der entsprechenden Mitarbeiterqualifikationen durch **lebenslanges Lernen, Ausbildung** und „**Training on the Job**“. Praktisch jede Firma muss dieses Segment neben ihren eigentlichen Fachfeldern als ein Feld der Kernkompetenz verstehen und weiterentwickeln.

III.4. Selber globalisieren / geschickter Umgang mit Transparenzanforderungen

Alle Unternehmen sollten prüfen, inwieweit sie die Möglichkeiten der Globalisierung für sich selber positiv nutzbar machen können. Es geht, wo immer gut umsetzbar, darum, selber weltweit aktiv zu werden, um durch weltweiten Austausch Synergien, auch auf der Kostenseite zu erschließen und zugleich neue Märkte und Kompetenzen hinzu zu gewinnen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. **Aktive eigene Orientierung in Richtung Globalisierung** ist ein Ansatzpunkt, um letztlich nicht immer zu denjenigen zu gehören, die, weil sie "**captive**" sind, die Hauptbelastung des Standorts Deutschland für sich und bei sich tragen müssen. In diesem Sinne sind die sich heute bietenden rechtlichen und steuerlichen Möglichkeiten voll zu nutzen. Globalisierung ist dabei in der Regel hilfreich. Und das gilt auch für die hieraus **resultierende höhere Intransparenz** - bei Beachtung aller Transparenzanforderungen -, die einen hohen ökonomischen Vorteil darstellen kann, vor allem angesichts der immer rascheren Veränderungen im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sowohl national als auch weltweit.

III.5. Psychologie

Ein weiterer Punkt ist besonders wichtig. **Die Situation ist am Standort Deutschland viel besser, als sie erscheint**. Wir sollten uns auch nicht einreden lassen, dass 0,5 % Wachstum pro Jahr eine Katastrophe sei. Und beim Vergleich mit Ländern wie China sollten wir vorsichtig sein, wenn die reinen Zahlen verglichen werden. Auf niedrigem Niveau ist eine hohe Wachstumsrate oft absolut weniger Zuwachs als auf hohem Niveau eine niedrige Wachstumsrate. Länder, die aufholen, können aber auch deshalb schnell wachsen, weil sie Lösungen kopieren können ("**Leap-frogging**"), während Länder an der Spitze alles Neue erfinden müssen, also **nur noch durch Innovation wachsen können**, und das ist inhärent langwierig und teuer. Wir wissen auch, dass die manchmal besseren Zahlen in den USA teilweise mehr eine Folge phantasievoller Berechnungsmethoden (z. B. **hedonic accounting**) als einer wirklich höheren Leistungsfähigkeit sind. In vielem ist die Situation für die meisten Menschen bei uns in Deutschland besser als für die Menschen in den USA. In dieser Lage sollte man für sich selber Motivationschancen aus einer richtigen Betrachtung der Situation entwickeln. Dabei erscheint die Aktivierung des "**Trotzes**" als einer wichtigen menschlichen Charakterdimension wichtig. Hierbei geht es um den Willen, sich gegen widrige Umstände zu behaupten, insbesondere wenn diese auf unfaire und nicht zukunftsfähige Praktiken und Politik-

muster anderer, wie sie in Teil I und II beschrieben wurden, zurückzuführen sind. Sich nicht unterkriegen zu lassen, kann eine wichtige Triebkraft für besondere Leistungen sein. Hinzu kommen muss eine zweite Dimension, die sich trefflich in dem Satz „**Life is a disaster**“ äußert. Hier geht es um die Erkenntnis, dass die Dinge schwierig sind und dass es keinen Rechtsanspruch darauf gibt, dass sie immer angenehm und komfortabel sein müssten. Aber genau damit gilt es zurecht zu kommen.

Tatsächlich ist die Situation wie folgt: **Der Standort Deutschland ist viel besser als die Stimmung im Lande.** Viele Menschen und Unternehmer wollen aus guten Gründen nur hier leben, aber wir sind dann teilweise infrastrukturell auch verwöhnt und erwarten zuviel. Es gilt zu verstehen, dass Schwierigkeiten zu managen sind, und dass die Fähigkeit zum Management eben dieser Schwierigkeiten unter den Bedingungen der heutigen Komplexität teilweise auch der Grund dafür ist, dass man **als Mittelständler eine herausgehobene gesellschaftlich-ökonomische Position einnimmt.** Statt sich psychologisch negativ darauf zu konzentrieren, wie mühselig es ist, wenn es immer wieder einmal nicht so klappt, wie erhofft, sollte man sich lieber auf die vielen Fälle konzentrieren und sich daran erfreuen, in denen es klappt, in denen Partner verlässlich sind, in denen man Dinge trotzdem hinkommt ("against all odds"). Das erleichtert oftmals die Bewältigung des Alltags.

III.6. Die Bedeutung der „relativen Performance“

Zum Abschluss erscheint folgender Gedanke und folgendes Verständnis als nützlich und hilfreich. Es geht in der Ökonomie um eine **relative Performance**, und das ist ein realistisches Ziel. Relative Performance heißt nicht, dass man immer der Beste sein muss, es heißt nur, dass genügend viele andere schlechter sein müssen. In Fragen der Ökonomie, wie der biologischen Evolution, geht es letztlich immer nur ums Überleben. Es geht darum, ob und wie man immer und auf lange Sicht zu denen gehört, die überleben. Dies ist oft nicht eine Frage der modischen Wendungen, dies ist eine Frage des gesunden Menschenverstandes, der **Orientierung an Erfahrungswissen**, an „**Bauchwissen**“. Hier haben die Entwicklungen der letzten Jahre, vor allem nach dem Zusammenbruch der New Economy und der „Voodoo-Ökonomie“ an den Weltfinanzmärkten, vieles wieder zurechtgerückt. Das hat den realwirtschaftlichen Teil der Ökonomie gestärkt. Und wenn das heute auch insgesamt keine einfache Situation ist, so hat sie doch mit der Rückbesinnung auf das Eigentliche in der Ökonomie die Lage für die meisten Mittelständler in Deutschland in den Prinzipfragen - über alles betrachtet - gestärkt, insbesondere gegen viele vermeintlich attraktive modische neuen Varianten wirtschaftlicher Tätigkeit.

IV. Ein Sofortprogramm für die Politik in Deutschland³

Aufgrund des Gesagten umfasst aus Sicht des Autors ein Sofortprogramm für die Politik in Deutschland zwei Aspekte, die im Sinne einer **Doppelstrategie** miteinander zu verknüpfen und breit zu kommunizieren wären:

1. Anstrengungen für ein vernünftiges Design der globalen Ökonomie (Aktive Globalisierungsgestaltung)
2. Organisation intelligenter Verteidigungsprozesse in Deutschland und Europa, solange ein vernünftiges weltweites Ordnungsregime noch nicht implementiert ist.

Bezüglich dieser beiden wesentlichen Komponenten einer Doppelstrategie besteht der Grundansatz, wie dargestellt, in folgenden Schritten:

zu 1.) Verfolgung der Implementierung eines **Global Marshall Plan** – ein Ansatz für ein besseres globales ökonomisches Design, orientiert an den EU-Erweiterungsprozessen

Was hier zu tun ist, ist im Detail in diesem Text bzw. den angegebenen Literaturquellen zum Global Marshall Plan und den Millenniumszielen der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015 (www.un.org/millenniumgoals/) beschrieben. Eine permanente Informationsquelle ist der Newsletter der Global Marshall Plan Initiative, der kostenlos abonniert werden kann unter www.globalmarshallplan.org.

zu 2.) Der beste Rahmen für eine intelligente Rückbaustrategie in Deutschland wäre ein Übereinkommen aller Akteure über das, was zu tun ist. Man müsste sich dabei parteien- und verbändeübergreifend einig werden über das Vorliegen einer durch falsch laufende Globalisierungsprozesse induzierten nationalen Herausforderung, die Maßnahmen verlangt, die in einem gewissen Sinne einen (temporären) Rückbau der Lebensverhältnisse für den Großteil der Bevölkerung beinhalten. Am ehesten lässt sich ein solches Konzept, wie oben dargestellt, unter der Überschrift „Notstandbewältigung“ in einer **Allparteienregierung**, ersatzweise einer großen Koalition, für eine Legislaturperiode umsetzen. Man müsste dazu bereits lange vor dem Wahltermin dem Bürger kommunizieren, dass dieses das Ziel ist und die Stimmenverhältnisse bei der Wahl nur die relative Beteiligung der Parteien in dieser Regierung betreffen, aber nicht die Frage, dass man eine Allparteienregierung haben wird. Elemente einer intelligenten Rückbaustrategie wurden in diesem Text in Teil II angesprochen. Viele Vorschläge finden sich auch in der öffentlichen Diskussion.

³ Der Autor dankt Herrn Ulrich Weimer, Präsident, Armacell International GmbH, Münster für die Anregung zur Formulierung dieses Sofortprogramms und für die Unterstützung bei der konkreten Formulierung.

V. Einschlägige weitere Arbeiten des Autors

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (Hrsg.): Management von nicht-explizitem Wissen: Noch mehr von der Natur lernen. Abschlussbericht für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (bmb+f), FAW Ulm, 2001 *

Kämpke, T., F.J. Radermacher, R. Pestel: A computational concept for normative equity. *European J. of Law and Economics* 15, 129-163, 2002

Radermacher, F.J.: Zukunft der Arbeit. MERKUR (Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken), Heft 582/583, S. 829-843, Klett-Cotta, Stuttgart 1997 *

Radermacher, F.J.: Wissensmanagement in Superorganismen. In: *Unterwegs zur Wissensgesellschaft* (Christoph Hubig, ed.), S. 63-81, Edition Sigma, Berlin, 2000 *

Radermacher, F.J.: Globalisierung, Virtualisierung und New Economy: Herausforderungen an das Personalmanagement. Proc. 10. Münchener Personalforum, Universität der Bundeswehr, 2001 *

Radermacher, F.J.: New Economy. Börsenrausch und Greencard: Spielt die Welt verrückt oder hat alles seine Logik? in: *Wohin geht die Wissensgesellschaft?* (R. Rüdell, C. Stadelhofer eds.), Band 9, S. 80-128, Kleine Verlag, Bielefeld, 2002 *

Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel. *bild der wissenschaft*, Heft 4/2002, S. 78-86, April 2002

Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. *Ökosoziales Forum Europa* (ed.), Wien, August 2002, ISBN: 3-7040-1950-X

Radermacher, F.J.: Die Zukunft der Wirtschaft: Nachhaltigkeitskonformes Wachstum, sozialer Ausgleich, kulturelle Balance und Ökologie. Tagung des Universitäts.Clubs Klagenfurt, Abbazia di Rosazzo, Friaul/Italien, 2003 *

Radermacher, F. J.: Ökosoziale Grundlagen für Nachhaltigkeitspfade – Warum der Marktfundamentalismus die Welt arm macht. *GAIA* 13, Nr. 3, 170-175, 2004 *

Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. *Ökosoziales Forum Europa* (ed.), Wien, September 2004, ISBN 3-9501869-2-1

Radermacher, F. J.: Was macht Gesellschaften reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein. In: *Infrastruktur für eine nachhaltige Entwicklung* (R. Loske, R. Schaeffer, eds.), Metropolis Verlag, Marburg, 2005 *

Radermacher, F.J.: Positionspapier Initiative für einen Global Marshall Plan; Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit und Beschäftigung abrufbar unter <http://www.nachhaltigkeit.at/reportagen.php3?id=1#K7>, Februar 2005 *

* Alle mit * gekennzeichneten Texte sind unter radermacher@faw.uni-ulm.de abrufbar.